

Medienmitteilung vom 23. Oktober 2020

Parteiversammlung mit Parolenfassung der FDP.Die Liberalen Zug

## **Die Zuger FDP sagt Nein zur Unternehmensverantwortungs-Initiative und Nein zur Kriegsgeschäfte-Initiative**

**Die Mitglieder der FDP.Die Liberalen Zug haben an der Parteiversammlung vom Donnerstag, 22. Oktober 2020 bei der Bossard Group in Zug einstimmig Nein zur Unternehmensverantwortungs-Initiative gesagt. Ebenso klar beschloss die FDP die Nein-Parole für die Kriegsgeschäfte-Initiative. Beide Initiativen schaden in hohem Masse unserer Schweizer Wirtschaft.**

Rund 30 Parteimitglieder der FDP.Die Liberalen Zug fanden sich am Donnerstag, 22. Oktober 2020 unter Einhaltung der coronakonformen Hygienemassnahmen und Abstandsregeln in den Räumlichkeiten der Bossard Gruppe in Zug ein. Dr. Daniel Bossard, CEO der Bossard Group, präsentierte zu Beginn die weltweit tätige Bossard Group mit Hauptsitz in Zug. Das Unternehmen zählt heute mit 2'500 Mitarbeitenden an 80 Standorten weltweit zu den Marktführern für Verbindungstechnologie.

### **Nein zur Unternehmensverantwortungs-Initiative**

Die Volksinitiative «für verantwortungsvolle Unternehmen - zum Schutz von Mensch und Umwelt» wurde von Entwicklungshilfe- und Umweltorganisationen lanciert. Die Initianten wollen, dass Konzerne mit Sitz in der Schweiz auch im Ausland Menschenrechte und internationalen Umweltstandards respektieren müssen. Die Unternehmen sollen verpflichtet werden, regelmässig eine Sorgfaltsprüfung zu den Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf Menschenrechte und Umwelt durchzuführen. Diese Pflicht würde sich auf sämtliche Geschäftsbeziehungen erstrecken. Barbara Gysel, Präsidentin der SP Zug stellte in ihrem Referat die Gründe für die Annahme der Initiative vor. Sie plädierte dabei vor allem für wirtschaftliche Freiheit, die mit der Wahrnehmung von Verantwortung einhergeht.

Jost Windlin, ehemaliger Präsident der FDP Kanton Zug und heute Vorstand der Zuger Wirtschaftskammer, bezeichnete die Initiative als Feigenblatt, denn die Auswirkungen der Initiative betrifft jedes Schweizer Unternehmen und nicht nur Konzerne. Er argumentierte mit verschiedenen sachlichen Aspekten gegen die extreme Volksinitiative, denn sie schießt weit über das Ziel hinaus, schadet der Schweiz und wirkt kontraproduktiv. Das Parlament hat darum eine Alternative erarbeitet. Dieser Gegenvorschlag folgt der internationalen Entwicklung und schafft mehr Verbindlichkeit für die Unternehmen. Im Gegensatz zur Initiative führt er aber zu keiner schädlichen Schweizer Sonderregelung.

Die Mitglieder der Zuger FDP lehnten die Unternehmensverantwortungs-Initiative einstimmig ab.

### **Nein zur Kriegsgeschäfte-Initiative**

Die Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» verlangt, dass der Schweizerischen Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge (AHV/IV/EO) die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten verboten wird. Das Verbot soll in der Bundesverfassung verankert werden. Die Initiative verlangt zudem, dass sich der Bundesrat auf nationaler und internationaler Ebene dafür einsetzt, dass für Banken und Versicherungen dieselben Bedingungen gelten. Julia Küng, Co-Präsidentin der Jungen Grünen Schweiz, erläuterte die Gründe für

eine Annahme der Initiative und bezeichnet die Initiative als einen zentralen Schritt zu einer friedlicheren Welt. Die Initiative schütze zudem die Neutralität und Glaubwürdigkeit der Schweiz. Matthias Zoller, Generalsekretär der Fachgruppe SWISS ASD (Aeronautics, Security and Defence) von Swissmem legte die Gründe gegen die Initiative dar. Diese wirft die bewährten Anlagestrategien der staatlichen und beruflichen Vorsorge über den Haufen. AHV und Pensionskassen müssen ihre Anlage an einer starren Quote ausrichten. Der Verwaltungsaufwand und dadurch die Mehrkosten sind immens. Klumpen-Risiken sowie Verwaltungskosten schmälern die Erträge. Die Renten der Schweizerinnen und Schweizer werden dadurch unsicherer. Durch das starre Finanzierungsverbot schadet die Initiative auch dem Werkplatz Schweiz. Die Schweizer Rüstungsindustrie schafft Arbeitsplätze und Aufträge. Betroffen von der 5%-Quote wären rund 3'000 Schweizer KMU. Sie werden heute genau kontrolliert und die Exporte richten sich nach den Bestimmungen des Kriegsmaterialexportgesetzes. Es sei daher falsch und nicht praktikabel, über den Kapitalmarkt mit einer starren Quote von 5 Prozent aus Unternehmen «Kriegsmaterialproduzenten» zu machen. Letztlich kostet die untaugliche Quote Arbeitsplätze in der Schweiz.

Die Mitglieder der Zuger FDP lehnen die Kriegsgeschäfte-Initiative mit einer Enthaltung klar ab.

#### Abstimmungsparolen der FDP.Die Liberalen Zug

| <b>Eidgenössische Abstimmungsvorlagen vom 29.11.2020</b>                                 | <b>Resultat</b>  |
|--|--|
| Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» | <b>0 Ja</b><br><b>27 Nein</b><br><b>0 Enthaltungen</b> |
| Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»          | <b>0 Ja</b><br><b>26 Nein</b><br><b>1 Enthaltung</b>   |

#### **Kontakte für Medienanfragen:**

Carina Brüngger, Präsidentin, 079 746 67 37

Marc Reinhardt, Kommunikationsverantwortlicher, 079 336 24 74